

Im Gespräch mit Fraktionschef Bruno Schmid, Flüeli

«Das ist typisch schweizerisch!»

100 Tage im Amt als Fraktionschef. Bruno Schmid spricht im Interview über seine Einarbeitungsphase, über das Entlastungspaket 2011 und das Miteinander von Stadt und Land.

Seit rund 100 Tagen führen Sie die 46-köpfige CVP-Fraktion im Kantonsrat. Wie haben Sie sich eingelebt?

Die neue Art der politischen Arbeit gefällt mir. Es macht mir Freude, Verantwortung zu übernehmen. Ich fühle mich von der Fraktion getragen und spüre ein grosses Entgegenkommen von meinen Kolleginnen und Kollegen.

Wo haben Sie bei der Fraktionsarbeit angesetzt?

Mit meinen Fraktionsvizepräsidenten Andrea Gmür-Schönenberger und Ludwig Peyer habe ich vor allem die organisatorischen Abläufe der Fraktion hinterfragt. Wir müssen die knappe Zeit, die uns zur Verfügung steht, optimal nutzen. Nur so können wir die Fülle von politischen Geschäften effizient und gut vorbereiten. Die Meinungsbildung in der Fraktion ist das eine. Ebenso wichtig ist die Kommunikation der Fraktionsentscheide gegen aussen.

Sprechen Sie die Lohndebatte im Kantonsrat an?

Die Debatte um die Erhöhung der Löhne der Staatsangestellten in der November-session 2009 war ein Beispiel. Mir wurde klar, wie gross die Erwartungen und Hoffnungen sind, die in die politische Arbeit der CVP gesetzt werden. Werden diese Erwartungen nicht erfüllt bzw. enttäuscht, ernten wir Kritik und Unver-



Bruno Schmid: «Das kann schmerzlich sein.»

ständnis. Da nützt es wenig darauf hinzuweisen, dass wir im Gegensatz zu den anderen Parteien eine konsequente Linie verfolgt haben – von der Kommissionssitzung über die Lohndebatte im Kantonsrat bis hin zur Sanierung der Luzerner Pensionskasse. Meine Erkenntnis ist, dass wir mit den verschiedenen Interessengruppen einen noch intensiveren Austausch pflegen müssen.

«Das ist nicht im Sinne des Erfinders.»

«Ich spüre ein grosses Entgegenkommen.»

Im Januar hat die Regierung rund 40 Massnahmen vorgeschlagen, um das Ausgabenwachstum zu begrenzen. Was halten Sie vom Entlastungspaket 2011?

Es gehört zur Daueraufgabe eines Staates, seine Leistungen regelmässig zu hinterfragen. Um eine Neuverschuldung ab 2011 zu vermeiden, schlägt die Regierung nun Gegenmassnahmen vor. Wohl-gemerkt: Auch falls sämtliche 40 Massnahmen umgesetzt werden, wachsen die Ausgaben zwischen 2009 und 2013 immer noch um über 186 Mio. Franken. Daher ist unredlich zu behaupten, der Kanton Luzern «spare» und «baue Leistungen» ab. Nichtsdestotrotz wird die CVP-Fraktion jede Massnahme kritisch bewerten und sich im Rahmen ihrer Sitzung vom 10. März definitiv äussern.

In einer internen CVP-Umfrage sagten 82 Prozent von 450 Teilnehmenden, die laufende Rechnung des Kantons Luzern solle ausgeglichen abschliessen und neue Schulden seien zu vermeiden. Überrascht Sie diese Deutlichkeit?

Nein, das ist typisch schweizerisch. Man will faire Steuern und gesunde Finanzen. Der kommenden Generation will man auf gar keinen Fall Schulden hinterlassen. Als Konsequenz und Auftrag leite ich daraus ab, dass wir verpflichtet sind, die staatlichen Angebote kritisch zu hinterfragen. Das kann hier und dort sehr schmerzlich sein.

Der CVP wird zugetraut, das Miteinander zwischen Stadt und Land zu stärken. Diese Scharnierfunktion wird nicht einfacher, oder?

Das ist in der Tat so. Wir haben daher bereits 2007 vorgeschlagen, 80 Mio. Franken für Projekte zur Verfügung zu stellen, die den Zusammenhalt im Kanton stärken. Die Regierung will nun dieses Geld für Fusionen und für gemeindeübergreifende Zusammenarbeit verwenden. Das kann man so machen und ich habe sogar ein gewisses Verständnis für das Vorgehen der Regierung. Aber: Das ist nicht im ursprünglichen Sinne des Erfinders! Der Zusammenhalt im Kanton Luzern erschöpft sich nicht allein in Fusionen.

Apropos Zusammenhalt: Im Juni 2010 wird an der Urne über das Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts abgestimmt. Ihre Prognose?

Gegen dieses Rahmengesetz wurde von SVP und FDP das Referendum ergriffen. Es geht auf die Wahlen 2011 zu. Die Parteien versuchen sich im Parlament und bei Abstimmungen zu positionieren. Die CVP hat die Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre geprägt und gleichzeitig ihre soziale Verantwortung nicht vergessen. Insofern hoffe ich, diese Abstimmung gewinnen zu können.



Auf dem Podium in Hellbühl: Josef Dissler und Markus Zemp.

CVP-Landwirtschaftskommission

Agrarpolitik: Optionen offen halten

Vor über 150 Teilnehmenden warnte CVP-Nationalrat Markus Zemp davor, die Augen vor der Marktöffnung zu verschliessen. In der Agrarpolitik müsse man sich verschiedene Optionen offenhalten.

H.A./abü. Anstatt die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, werde allzu oft die Realität ausgeblendet, stellte Markus Zemp in Hellbühl fest. Eine zentrale Tatsache bestehe darin, dass in der Schweiz 73 Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens aus der Kumulation von Grenzschutz und Direktzahlungen resultieren. «Eine derart hohe Kombination gibt es in keinem andern Land. Das birgt Gefahren.» Insbesondere der Grenzschutz lasse sich auf die Länge nicht aufrechterhalten.

Fluchen löst keine Probleme

Natürlich hofft auch Zemp, dass das WTO-Abkommen nicht zustande kommt. Demgegenüber eröffne ein Freihandelsabkommen mit der EU wenigstens Chancen für den Export, meinte Zemp: Im Falle eines WTO-Abschlusses würde dies die Ausfälle beim Grenzschutz durch den besseren Marktzutritt im EU-Raum teilweise abfedern. Ohne WTO macht seiner Ansicht nach freilich auch ein Abkommen mit der EU keinen Sinn. Die CVP-Bundeshausfraktion wolle deshalb bis im Herbst zuwarten, ob sich ein WTO-Abschluss abzeichne. Andernfalls werde sie den Bundesrat auffordern, Alternativen für einen umfassenden Freihandel zu prüfen. «Flu-

chen über den schlechten Milchpreis, über die EU, über die Bundesrätin bringt Applaus. Aber ist damit ein einziges Problem gelöst?» rief Zemp in den Saal. «Wir sagen weder ja noch nein zum Freihandel.» Es gelte vielmehr, alle Szenarien im Auge zu behalten und mehrere Optionen zu verfolgen.

Wie reagieren?

Am Podiumsgespräch nahmen neben Zemp auch die Kantonsräte Josef Dissler und Jakob Lütolf sowie Landwirt Beat Kaufmann aus Nottwil teil. Auf die Herausforderungen angesprochen, legte Dissler das Augenmerk auf den internen Umgang: die Bauern müssten gegenüber der Politik und dem Markt unbedingt mit einer Stimme auftreten. Für Lütolf stehen die Sorge um den Klimawandel und die Ressourcen im Vordergrund, er hinterfragt den Handel mit Lebensmitteln grundsätzlich. Auf ökologische und ethische Probleme gebe der Freihandel keine oder die falschen Antworten. Eine produzierende Landwirtschaft brauche Absatz, konterte Zemp. Man müsse Wünsche und Realität auseinanderhalten. Die Alternative zum Wunschdenken sei für ihn der Markt. «Langfristig traue ich dem Markt mehr als der Politik.»

**Keine
zusätzliche
BÜROKRATIE**

**TIERSCHUTZGESETZ
MIT TIERSCHUTZANWALT**

**NEIN zur nutzlosen
Tieranwalt-Initiative**

Komitee «Nein zur nutzlosen Tieranwalt-Initiative», Postfach 8252, 3001 Bern
www.tierschutzanwalt-nein.ch, Kontonummer: IBAN CH07 8148 8000 0054 0651 4

Kanton: Übertragung der Spitalgebäude

Kantonsspital nicht benachteiligen

Ohne Übertragung der Spitalgebäude würde das Kantonsspital gegenüber Privatkliniken massiv benachteiligt. Antworten auf fünf häufig gestellte Fragen.

Frage 1: Ändert sich etwas bei der Spitalfinanzierung?

Ja! Die Übertragung ist eine logische Konsequenz der Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG). Bisher musste der Kanton keine Beiträge an Privatspitäler leisten. Ab 2012 muss der Kanton Privatspitäler gleich mitfinanzieren wie das eigene Kantonsspital. Alle Spitälern erhalten pro Patient im Voraus vereinbarte Fallpauschalen. Bestandteil dieser Pauschalen sind neu auch Investitionsbeiträge. Das Geld für die Investitionen ist also bereits bei den Spitälern und muss nicht mehr wie bisher vom Kanton gesprochen werden.

Frage 2: Warum sollen die Gebäude übertragen werden?

Die Privatspitäler können über die kantonalen Investitionsbeiträge frei verfügen und schnell entscheiden. Das Kantonsspital hingegen ist an den langwierigen politischen Prozess gebunden. Ein Wettbewerbsnachteil! Nur mit der Verfügungsgewalt über die Gebäude hat das Kantonsspital die gleich langen Spiesse wie die Privatspitäler.

Frage 3: Wem gehören künftig die Spitalgebäude?

Auch nach der Übertragung bleibt der Kanton Luzern der alleinige Eigentümer des Luzerner Kantonsspitals und der Luzerner Psychiatrie.

Frage 4: Kann die Politik noch mitreden?

Ja! Das Spitalgesetz bleibt natürlich in Kraft. Die Errichtung oder die Aufhebung von Spitalbetrieben ist nur mit Zustimmung des Kantonsrates und der Stimmberechtigten (Referendum) möglich. Der Regierungsrat bestimmt weiterhin mit dem Leistungsauftrag, wo was angeboten werden muss. Der Kantonsrat kann zudem über das Budget und mit Vorstössen auf die Spitalplanung Einfluss nehmen.

Frage 5: Wer unterstützt die Übertragung?

Die Vorlage wird u.a. unterstützt von der CVP, FDP, SVP, vom Gewerbeverband und dem Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband. Gegen die Vorlage kämpfen Sozialdemokraten und Grüne.



Das Kantonsspital soll die gleich langen Spiesse wie die Privatkliniken erhalten.

Namentlich

Pius Zängerle, Adligenswil

Der Regionalplanungsverbund Luzern und der Verein LuzernPlus haben sich zum Gemeindeverband LuzernPlus zusammengeschlossen. Pius Zängerle wurde zum neuen Präsidenten gewählt. Zängerle ist Kantonsrat und Vizepräsident der kantonalen CVP.

Patrick Meier, Root

CVP-Kantonsrat Patrick Meier (Root) ist seit Anfang 2010 neuer Präsident der kantonalen Sportkommission. Er löste Alex Haggenmüller ab, der seit 2006 die damals neu geschaffene Kommission aufgebaut und etabliert hat.

Gilbert Hunkeler, Luzern

Die CVP-Fraktion hat den 36-jährigen Gilbert Hunkeler aus Luzern als neuen Richter am Kriminalgericht nominiert. Hunkeler soll den zurücktretenden Ivo Tanner (Wolhusen) ersetzen. Die Wahl im Kantonsrat findet in der Märzsession 2010 statt.

Termine 2010

07. März: Abstimmungssonntag

Am 07. März ist der nächste Abstimmungssonntag. Die Parolen zur kantonalen und zu den eidgenössischen Vorlagen finden Sie auf der letzten Seite im Kasten.

In eigener Sache

Solidarität mit Haiti

Die Delegierten der Luzerner CVP zeigen sich solidarisch mit der notleidenden Bevölkerung von Haiti. Bei einer spontanen Sammelaktion an der DV in Gettnau (20. Januar 2010) kamen 2660 Franken zusammen. Die Kantonalpartei hat die Spende verdoppelt und den Gesamtbetrag der Glückskette überwiesen.

Wir sind Luzern

Es war vor einigen Tagen, irgendwann an einem nasskalten Februartag 2010. Die Sitzung einer kantonsrätlichen Kommission war vorbei und die Mitglieder machten sich durch den



grusigen Schneeregen auf den Heimweg. Ich kam kurz mit einer grünen Ratskollegin ins Gespräch. Die CVP dürfe durchaus etwas pointierter Forderungen stellen, meinte sie. Die Ausgewogenheit bei der Formulierung von politischen Vorstössen sei irgendwie... anstrengend und nicht eben spannend.

Wollte ich widersprechen? Ich hielt dagegen! Im Unterschied zu allen anderen Parteien trage die CVP die Gesamtverantwortung für den Kanton Luzern, entgegenete ich. Die CVP sei eben nicht nur einer bestimmten Klientel, einer bestimmten Region oder einem bestimmten Thema verpflichtet. Es sei daher kein Zufall, dass die CVP ihre Forderungen so und nicht anders formuliere. «Wie man schreibt, so denkt man als Luzerner Christdemokrat: ausgewogen und dem Gesamtwohl verpflichtet.»

Was damals in diesem Kommissionszimmer so dahingesagt, trifft den Wesenskern der Luzerner CVP ziemlich genau. Es gibt keine andere Partei im Kanton Luzern, die derart breit verankert ist und in der Verantwortung steht. Keine Luzerner Partei stellt mehr Gemeinderäte, keine Partei stellt mehr Kantonsräte, keine Partei stellt mehr Regierungsräte als die CVP! Überall und jederzeit tragen unsere Frauen und Männer Verantwortung: ob in Luthern oder in Luzern, ob im Kirchenrat oder in der Kommission für Umweltfragen.

Entsprechend verbinden alle (ob offen oder insgeheim) ihre Hoffnungen und Erwartungen mit der politischen Arbeit der Luzerner CVP. Auch Fraktionschef Bruno Schmid erwähnt diesen Umstand im Gespräch. Alle wissen um die politische Gestaltungskraft. Und wir stellen fest: Luzern geht es heute besser denn je. Die Schulden wurden abgebaut und Luzern ist deshalb als Stand- und Wohnort wieder attraktiv. Noch nie hatte eine Familie im Kanton Luzern am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie als heute. Dank unserer Steuerpolitik werden in Luzerner Unternehmen Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen.

Während die anderen Parteien vor allem marktschreierisch beschreiben, wo der Schuh drückt und die Schweiz und den Kanton Luzern schlecht reden, hat die CVP im Kanton Luzern ein Leistungsausweis, der sich sehen lässt. Wir beweisen Tag für Tag, dass die Menschen im Kanton Luzern mit uns besser fahren. Wir sind Luzern.

Parteisekretär Adrian Bühler (31) lebt «ausgewogen» in Eschenbach.

Parolen auf einen Blick

Die kantonale CVP hat im Parteivorstand und an der Delegiertenversammlung für das Abstimmungswochenende vom 07. März 2010 folgende Parolen gefasst:

Kanton

Übertragung der Spitalgebäude an das Luzerner Kantonsspital und die Luzerner Psychiatrie JA (56:0:2)

Bund

Verfassungsartikel Forschung am Menschen JA (200:12:1)
Tierschutzanwalt-Initiative NEIN (0:58)
Anpassung des BVG-Mindestumwandlungssatzes JA (176:34:4)

Impressum

CVP aktuell:

Informationsbulletin der CVP Kanton Luzern.
Es erscheint 8 bis 10-mal im Jahr.

Redaktion:

CVP Kanton Luzern
Sekretariat
Postfach
6000 Luzern 6
Tel. 041 420 77 22 / Fax 041 420 48 00
E-Mail: info@cvpluzern.ch
Internet: www.cvpluzern.ch

Druckerei:

Meyer Rottal Druck AG, 6017 Ruswil

AZB
6000 Luzern 6

Postcode 1